

SCHWELLENLÄNDER

Die zweite Welle

China, Indien, Brasilien: Noch vor kurzem galten die aufstrebenden Nationen, Heimat für knapp 40 Prozent der Menschheit, als Motor der Weltwirtschaft. Jetzt geraten sie in Schwierigkeiten – die Chance für eine neue Politik?

Gut zwölf Jahre ist es jetzt her, da hatte Jim O'Neill eine geniale Idee. Der Investmentbanker von Goldman Sachs war nach den Terroranschlägen von New York und Arlington zu der Überzeugung gekommen, dass die USA und Europa wirtschaftlich zum Abstieg verdammt seien. Aber die Schwellenländer China, Indien, Brasilien und Russland, glaubte er, könnten verstärkt von der Globalisierung profitieren und die Weltwirtschaft als neue Lokomotive ziehen. O'Neill wollte seinen Kunden raten, ihr Geld auf die Vielversprechenden zu setzen. Was ihm noch fehlte, war ein zündender Gedanke. Ein griffiger Name.

Wie alles Geniale war es einfach: Er nahm die Anfangsbuchstaben der Staatengruppe, schüttelte sie durch und kam auf Bric, was im Englischen wie das Wort für „Ziegel“ klingt. Baustein für ein Vermögen, Baustein für die Zukunft.

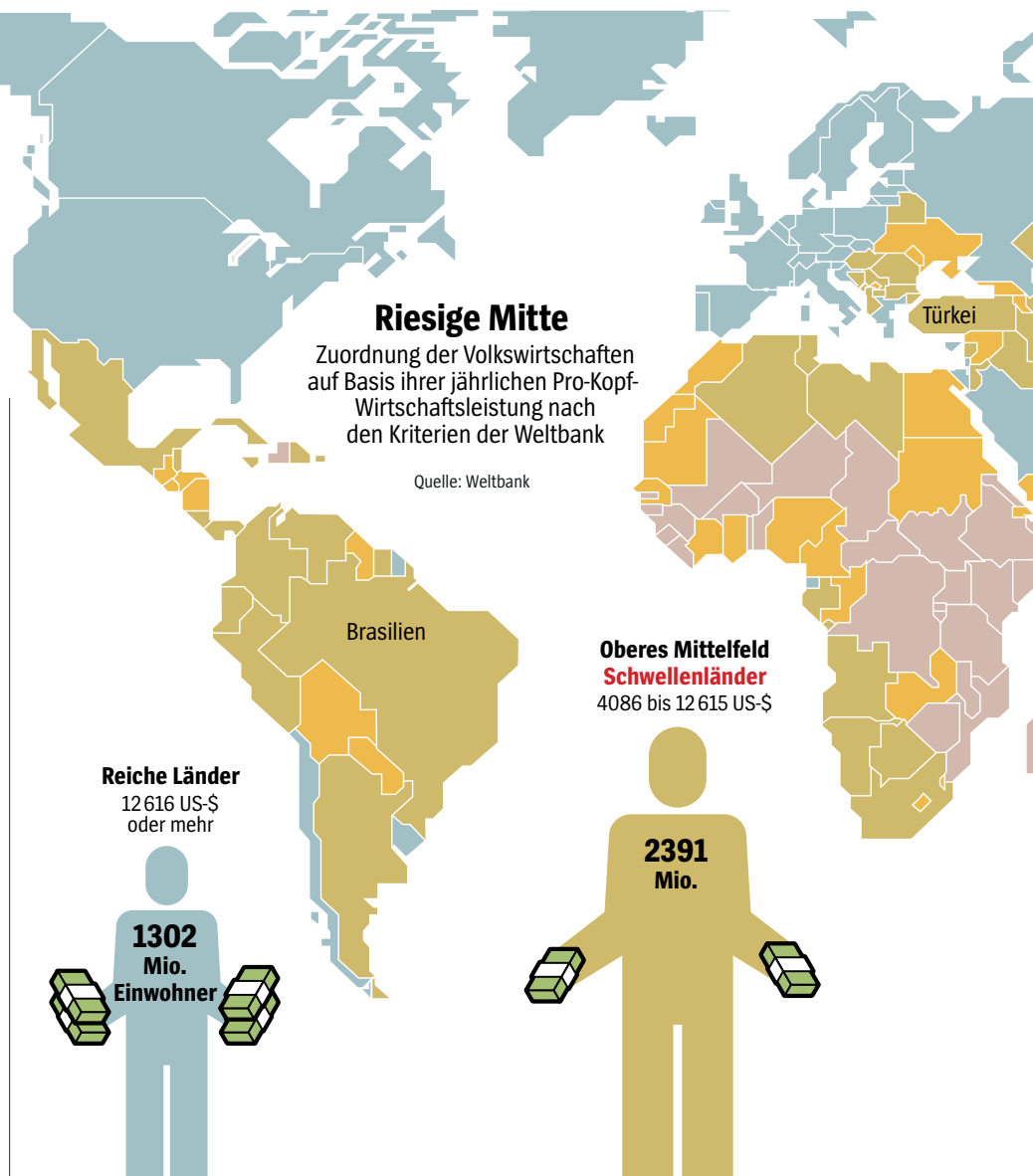
O'Neill, der „Rockstar“ der Branche („Businessweek“), feierte einen Triumph auf ganzer Linie: Von 2001 bis 2013 stieg die Wirtschaftsleistung dieser Staaten-Gruppe von etwa 3 Billionen auf 15 Billionen Dollar. Ohne die Brics, ergänzt durch Südafrika zu einem Club der fabelhaften fünf, wäre unser aller Wohlstand vielleicht sogar gefährdet gewesen. Investoren verdienten sich eine goldene Nase, und nebenbei entstand aus dem Kunstgebilde des Londoner Bankers auch eine reale politische Kraft: Inzwischen treffen sich die Staatschefs regelmäßig, sie bilden, bei aller Unterschiedlichkeit, auch politisch öfter ein Gegengewicht zum Westen.

„Der Aufstieg des Südens vollzog sich in beispielloser Geschwindigkeit und in einem nie zuvor erlebten Ausmaß“, hieß es im „Bericht über die menschliche Entwicklung“ der Vereinten Nationen noch vor wenigen Monaten. „500 Jahre lang war die Geschichte der Welt im Wesentlichen die Geschichte der westlichen Vorherrschaft“, schrieb der britische Historiker Niall Ferguson. Damit sei es nun vorbei. Eine epochale Wende.

Doch jetzt hat die Entzauberung der Erfolgsverwöhnten begonnen. 2013 reich-

te es zwar noch, um den Westen zu über- runden. Aber zugleich halbierte sich die Wachstumsrate der Bric-Staaten, gemessen an den ehemaligen Höchstständen; in China von rund 14 auf knapp 8 Prozent; in Indien von 10 auf weniger als 5, in Brasilien von 6 auf knapp 3 Prozent. Werte, immer noch besser als die der EU, aber längst nicht mehr so eindrucksvoll.

Schon geht ein neues griffiges Wort um, diesmal geprägt von James Lord, einem Währungsexperten der Großbank Morgan Stanley: „fragile fünf“. Gedacht ist es als Warnung vor den nun brüchig erscheinenden Staaten Brasilien, Indien, Südafrika sowie den besonders vom Absturz bedrohten Ländern Indonesien und Türkei.



Was ist passiert – sind die Aufsteiger ausgebremst, oder erleben sie nur eine Delle? Wird, was einst vielleicht schön-gemalt wurde, nun übertrieben schlecht-geredet? Was heißt das für die Weltwirtschaft und für die Menschen in jenen Ländern, denen der wirtschaftliche Aufschwung auch zumindest ansatzweise mehr politische Freiheit und ein neues Selbstbewusstsein gegeben hat?

Die schlechten Nachrichten für sie kommen derzeit Schlag auf Schlag. Am Dienstag vergangener Woche zog Indiens Zentralbank die Zügel der Geldpolitik überraschend an, um die massive Inflation zu bändigen. In der Nacht zum Mittwoch erhöhte die türkische Zentralbank ihren Leitzins radikal, auf zehn Prozent. Kurz darauf folgte Südafrika mit einer Erhöhung. Unruhe hat die Schwellenländer erfasst. Sie stemmen sich mit Macht gegen die Flucht von Investoren und den Kursverfall ihrer Währungen.

Ball paradox im globalen Geld-All: Nachdem jahrelang Hunderte Milliarden

in Anleihen der Schwellenländer geflossen waren, weil in den etablierten Märkten des Westens die Gewinne vergleichsweise mager blieben, reichten im vergangenen Mai dann wenige Worte des amerikanischen Notenbankchefs Ben Bernanke, um die Geldströme umzudrehen. Bernanke hatte angedeutet, es könne sein, dass seine Zentralbank bald etwas weniger Geld in das Finanzsystem pumpe, sollte sich die Erholung der US-Wirtschaft fortsetzen. Eine erste Fluchtwelle der Investoren aus Schwellenländern folgte.

Es dauerte rund ein halbes Jahr, bis Bernanke ernst machte. Jetzt, da die Fed tatsächlich die Politik des ganz lockeren Geldes etwas zurückschraubt, läuft die zweite Welle, und sie hat fast schon die Ausmaße eines Tsunamis. Wer an einen Aufschwung in den USA mit steigenden Aktienkursen und höheren Zinsen glaubt, muss sein Geld nicht mehr in vermeintlich unsicheren Märkten anlegen, so das Kalkül der Spekulanten. Seit Bernankes Ankündigung sackten Brasiliens Real, die

türkische Lira und der südafrikanische Rand um bis zu einem Viertel ab.

Für die betroffenen Staaten ist das brandgefährlich, vor allem, wenn sie mehr importieren als ausführen, wie etwa Indien und Brasilien. Denn dann müssten sie die Lücke eigentlich mit ausländischem Geld füllen.

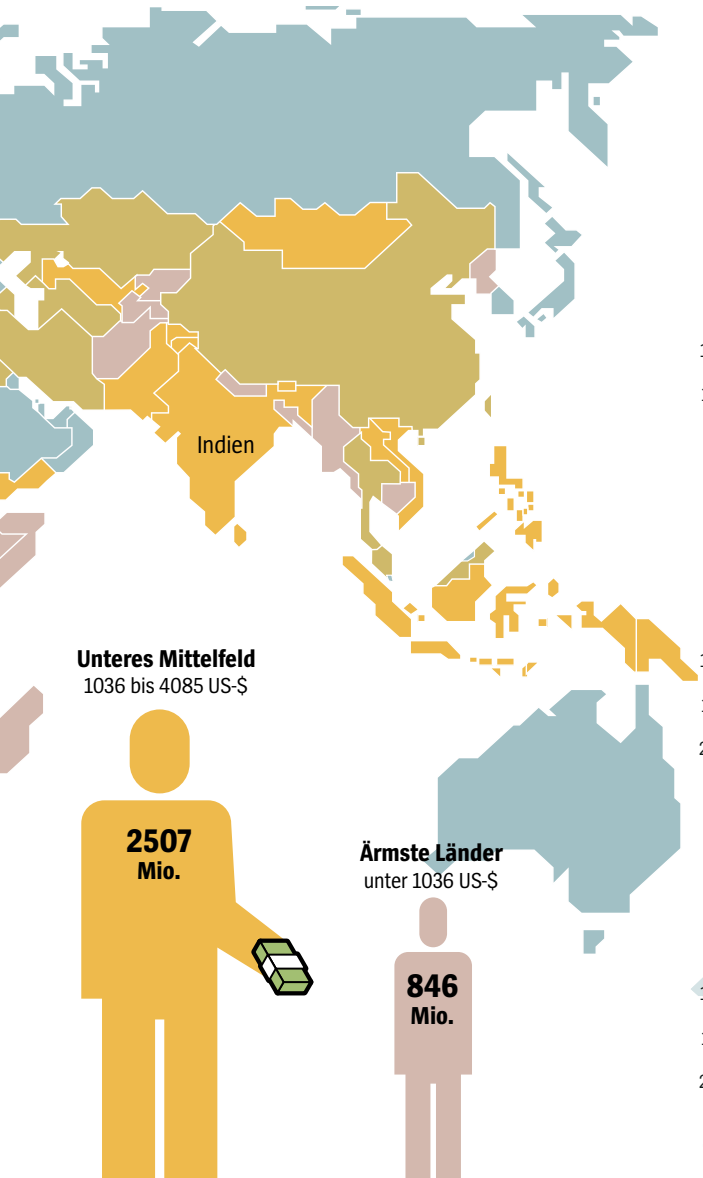
Und so warb die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff beim Weltwirtschaftsforum Mitte Januar in Davos unverblümt um internationale Anleger. „Wir Schwellenländer bieten die größten Investitionschancen“, rief sie den Bankern und Bossen zu, als befände sie sich auf einer Roadshow für einen Börsengang. In ihrem Land seien die Währungsreserven ausreichend, und das Finanzsystem sei stabil genug, um die aktuellen Stürme auszuhalten. „Man darf nicht den Fehler machen, zu sehr auf kurzfristige Entwicklungen zu schauen. Es ist absolut notwendig, die langfristigen Perspektiven zu sehen!“

Aber es sind nicht nur die nackten Zahlen, die den Regierenden der Schwellenländer Sorgen bereiten. Die Menschen von Peking über Neu-Delhi bis Rio und Istanbul haben durch den Aufschwung davor ein neues Selbstbewusstsein bekommen, es entstand eine Volksbewegung im wahrsten Sinn des Wortes. Überall in den Schwellenländern hat sich in den vergangenen Jahren eine eindrucksvolle neue Mittelklasse herausgebildet.

Sie fordert Wohlstand, höhere Löhne, aber auch „good governance“: mehr Verantwortlichkeit von den Herrschenden, und damit auch mehr politische Mitspracherechte. Der ökonomische Fortschritt wurde zum Katalysator für politische Forderungen, der Boom teilweise schon zum Bumerang für die Mächtigen. Sollte der Traum nun enden, könnte das die neuen Bürgerbewegungen bremsen – oder die Emotionen gefährlich hochkochen lassen.

Besonders deutlich zeigt sich das in Brasilien, einem Staat, der in den vergangenen Jahren auch sozial große Fortschritte gemacht hat. Die Arbeitslosigkeit ist im Boom gesunken, die Unterstützungsprogramme für die Ärmsten funktionieren bislang weitgehend. Anders als in vielen anderen Ländern der Welt schließt sich die Kluft zwischen Arm und Reich – wenngleich nur ganz langsam. Aber die Menschen wollen mehr. Sie sehen die Korruption der Führungsschicht, sie beobachten empört die Geldverschwendung für Prunkbauten wie jetzt zur Fußballweltmeisterschaft.

Und sie demonstrieren trotz ihrer Sportbegeisterung gegen die WM in diesem Sommer und die Olympischen Spiele 2016, weil sie erkannt haben, dass es Wichtigeres gibt als protzige Stadien: bessere Schulen für ihre Kinder, eine ordentliche, bezahlbare Krankenversicherung. Und die Sozialdemokratin Rousseff kann



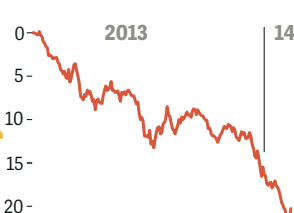
Wertverlust der Währungen

von Schwellenländern zum Dollar seit der Ankündigung einer strikteren Geldpolitik in den USA im Mai 2013, in Prozent

Brasilianischer Real



Türkische Lira



Indische Rupie



Quelle: Thomson Reuters Datastream



LEO CORREA / AUSTRAL FOTO / ARCHIVLATING / LANF

Anti-Regierungs-Demonstration in Rio de Janeiro: Lieber Schulen als protzige Stadien

gar nicht anders, als diese Proteste, so sie denn friedlich bleiben, zähneknirschend gutzuheißen, Abhilfe zu versprechen. Aber das geht natürlich nur, wenn die Wirtschaft jetzt nicht einbricht.

Schlimmer ist die Lage in Indien. Die Vetternwirtschaft hat endemische Ausmaße angenommen, ein Teil der führenden Klasse ist kriminell – gegen etwa ein Drittel aller Parlamentarier laufen Strafverfahren. Das Land zerfällt in Städte mit Top-Universitäten und Weltklassefirmen auf der einen Seite und rückständige Dorfgemeinschaften auf der anderen. Zahlreiche Vergewaltigungen zeigen, wie sehr Frauen immer noch als Menschen zweiter Klasse angesehen werden, zudem verstärken sich die regionalen Unterschiede.

Aber auch in Indien ist die Zivilgesellschaft durch den Boom gestärkt worden, Massendemonstrationen haben die Regierung zum Handeln gezwungen. Noch wirkt die Wirtschaft nicht gelähmt. Viele Geschäftsleute hoffen darauf, dass es nach der Wahl im Frühjahr, die wahrscheinlich die Opposition gewinnen wird, wieder bergauf geht: Der Spitzenkandidat der hindunationalistischen BJP, Narendra Modi, gilt als effizient und businessfreundlich. Allerdings auch als unsensibel gegenüber Minderheiten – weil er 2002 bei blutigen Ausschreitungen gegen Muslime als zuständiger Chefminister in seinem Bundesstaat Gujarat laut Kritikern keine Hand gerührt hat,

wurde ihm die Einreise in die USA verwehrt.

Wie blank die Nerven in Neu-Delhi liegen, zeigt jetzt Zentralbankchef Raghuram Rajan. Er beschuldigt die USA und Europa des kurzsichtigen ökonomischen Eigennutzes: Die Industriestaaten hätten die Verpflichtung, mit den Schwellenländern stärker in Währungsfragen zu kooperieren – auch schon deshalb, weil ja 2008 Indien, China & Co. der Welt geholfen hätten, die Finanzkrise einzudämmen. „Sie können jetzt nicht einfach ihre Hände in Unschuld waschen und sagen, wir machen das, was wir brauchen, und ihr kümmert euch mal um eure Anpassung.“

Was die anderen Brics-Staaten und auch Politiker im Westen aber am meisten fürchten, wäre ein Wirtschaftseinbruch in Peking.

Die Volksrepublik China ist seit verganginem Jahr die größte Handelsmacht der Welt, ihre Gesamtwirtschaftsleistung wird wohl in spätestens fünf Jahren die der USA übertreffen. Doch auch in China geht es um die nächste, schwierigere Entwicklungsstufe, die KP musste feststellen: Der Weg von der ökonomischen Unterklasse zu einem mittleren Einkommensrang ist wohl leichter als der von der Mitte zur Spitze.

Die Billigarbeitskräfte aus der Landwirtschaft, lange ein Vorteil für die Ökonomie, werden zunehmend im Industriesektor absorbiert – und sie werden zur Belastung, weil auch sie nun mehr von

allem fordern: Die Löhne steigen, zudem muss der Staat für Krankenversicherung und Pensionen sorgen. Chinas Wirtschaftsmodell, sein autoritärer Staatskapitalismus, stößt da an seine Grenzen. Die KP brauchte eine Neuorientierung, rechtsstaatliche Mechanismen, um die nächste, schwierigere Entwicklungsstufe zu erreichen.

Der unausgesprochene Deal zwischen Regierenden und Regierten steht auf der Kippe: Wir sorgen für einen besseren Lebensstandard, solange ihr euch nicht allzu aufässig in die Politik einmischt. Eine deutliche Abschwächung der Konjunktur in den Brics-Staaten würde nicht nur knapp 40 Prozent der Weltbevölkerung in Unruhe versetzen, sie würde außerdem den Westen empfindlich treffen – Firmen wie BASF und Siemens machen inzwischen einen erheblichen Teil ihrer Gewinne in Fernost, Volkswagen verkauft mehr Autos in China als in Deutschland.

Trotz aller Probleme mit maroden Banken und hohen Schulden der Kommunen: Peking hat 3,8 Billionen Dollar in der Hinterhand, die höchsten Devisenreserven irgendeines Landes. Damit kann Peking zumindest einiges abfedern – und möglicherweise nach dem Einbruch wieder zur Lokomotive der Weltwirtschaft werden.

Brics-Erfinder O'Neill ist derweil zu neuen Ufern aufgebrochen. Der Mann, der zwischendurch bei Goldman Sachs Kundengelder in Höhe von 800 Milliarden Dollar verwaltete, gab im April vergangenen Jahres seinen Job bei der Investmentbank auf. Er hat eine Auszeit genommen, dreht jetzt Länderporträts für die BBC und wirbt privat für Investitionen in Staaten wie Mexiko und Nigeria. Der 56-Jährige ist sich, wie er dem SPIEGEL sagte, immer schon als „Außen-seiter in meinem Beruf“ vorgekommen. Und er hat ein neues Phänomen als Thema seiner Filme entdeckt – das Soziale.

O'Neill sieht die Weltwirtschaft an einer Art Wasserscheide. Die verläuft seiner Meinung nach nicht so sehr zwischen Industrie- und Schwellenländern, sondern eher zwischen Arm und Reich weltweit. Er spricht von den Schlagzeilen, die der Papst, aber auch New Yorks neuer Bürgermeister mit ihren Reden über die Ungleichheit der Einkommen, das wachsende Auseinanderklaffen der Gesellschaft machen. „Ich frage mich, ob wir uns gerade in einem sehr frühen Stadium der Neuverteilung von Wohlstand befinden“, sagt der ehemals als knallharter Gewinnmaximierer Gefürchtete: „Weg vom Großkapital, hin zu einem gesteigerten Einkommen der kleinen Leute, herbeigeführt durch Steuern oder Förderung von Mindestlöhnen.“

Und dann setzt O'Neill hinzu: „Das müssen wir offensichtlich als Investoren bedenken. Vor allem aber als Mitmenschen.“

ERICH FOLLATH, MARTIN HESSE